

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Verleger
und die Anzeigen-Abteilung entgegen.
— Erscheint wöchentlich.
Preis pro Jahrgang 12.00.

Verleger: A. Auer, Leipzig, Postfach 1000.
Druck: A. Auer, Leipzig, Postfach 1000.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Route 1, am Leipzig Nr. 1000

Nr. 267

Sonntag, den 15. November 1931

26. Jahrgang

Einberufung des Youngplan-Sonderausschusses

Eine Entscheidung der deutschen Regierung in allernächster Zeit

Paris, 13. Nov. Am Freitagmorgen veröffentlichte das französische Ministerpräsidium folgende amtliche Verlautbarung:

„Sofort nach seiner Rückkehr aus Amerika hat Ministerpräsident Daladier den deutschen Botschafter v. Goesch zu sich gebeten, um mit ihm über die Möglichkeit der Einberufung des im Youngplan vorgesehenen beratenden Sonderausschusses bei der V.B. zu sprechen. Verschiedene Male hat sich Herr v. Goesch seither mit Ministerpräsident Daladier, Außenminister Briand und Finanzminister Mandin über die Fragen des Verfahrens des beratenden Sonderausschusses bei der V.B. unterhalten. Der heutige Besuch bezog sich ebenfalls auf diesen Gegenstand. Es scheint, daß die deutsche Reichsregierung in allernächster Zeit eine Entscheidung in dieser Frage treffen wird.“

Die Unterredung nahm eine halbe Stunde in Anspruch.

Diese amtliche Pariser Mitteilung bestätigt die schon am Donnerstag auch in Berlin bekanntgegebene Auffassung, daß die Reichsregierung bereits in ihrer nächsten Kabinettsitzung, die am Sonnabend oder Montag stattfinden soll, den Antrag auf Einberufung des Besonderen Sonderausschusses beschließen wird. Wäre keine Entscheidung in dieser Richtung zu erwarten, dann hätte die französische Regierung sicherlich derartig präzisere Angaben in ihrer Verlautbarung vermeiden, — es sei denn, daß sie auf diese Weise einen Druck auf Berlin ausüben wollte. Einer solchen Auslegung steht aber, wie gesagt, die Tatsache entgegen, daß gestern schon in Berlin ein entsprechender Schritt Brünings angekündigt wurde.

Die bevorstehende Ratstagung über die mandchurische Frage

Berlin, 13. Nov. An der bevorstehenden Völkerbundratstagung in Paris, die sich erneut mit dem japanisch-chinesischen Streit in der Mandchurei beschäftigen wird, wird zunächst Staatssekretär von Bülow als deutscher Delegierter teilnehmen. Die in der Presse gemachte Anregung, daß Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Eigenschaft als Außenminister selbst an diesen Verhandlungen teilnehmen solle, ist leider nicht durchzuführen, da angesichts der sehr schwierigen Probleme und der komplizierten Rechtslage mit einer langen Dauer der Verhandlungen zu rechnen ist, und der Reichskanzler wegen unserer angespannten wirtschaftlichen Lage und der im Gange befindlichen Wirtschaftsverhandlungen nicht so lange von Berlin abwesend sein kann. Auch Staatssekretär von Bülow wird nur am dem ersten Teil der Ratstagung teilnehmen, und die Besprechungen über das Verfahren der Tagung, den einzuschlagenden Weg und die zu suchenden Kompromisse führen. Wenn diese Dinge einigermaßen durchgesprochen sind, ist beabsichtigt, den Gesandten von Rutius, der als zweiter deutscher Delegierter nach Paris fährt, mit der Führung der weiteren Verhandlungen zu betrauen. Ueber die materielle Seite des mandchurischen Streitfalles ist man in diesem politischen Kreise der Auffassung, daß bei aller stimmungsmäßigen Sympathie für China nicht verkannt werden darf, daß die japanischen Forderungen sich zweifellos auf starke Rechtsgrundlagen stützen. Japan hat auf Grund der chinesisch-japanischen Verträge vom Jahre 1915 berechnete Ansprüche auf die Sicherstellung einer ganzen Reihe von Vertragsrechten in der Mandchurei, in erster Linie des Eisenbahnverkehrs seiner Eisenbahnlinien und der Sicherheit seiner in der Mandchurei anässigen Untertanen. Für Japan bedeutet seine Stellung in der Mandchurei eine Lebensfrage angesichts der ungeheuren Geldsummen, die es dort investiert hat, und der Tatsache, daß es in der Mandchurei ein *tabula rasa* Korea besitzt. Würde die Frage der Gültigkeit der Verträge und der sich aus diesen Verträgen ergebenden Rechte vor einem Schiedsgericht zur Verhandlung kommen, so würde dieses sicherlich die Verträge als zu Recht bestehend anerkennen müssen. Deutschland wird sich auf der kommenden Ratstagung ebenso wie bei den bisherigen Ratstagungen über das japanisch-chinesische Problem erneut eifrig bemühen, die notwendigen Formeln für die Beendigung des Streites zu finden. Deutschland hat selbst keine politischen Interessen in der Mandchurei, sein Hauptinteresse ist darauf gerichtet, nachdem nun die Frage vor den Völkerbund gekommen ist, die Autorität des Völkerbundes zu wahren.

Dafür enthält freilich Davals Mitteilung keinen Hinweis: wie weit die Befugnisse des Sonderausschusses der V.B. gehen sollen. Und es ist in der Tat zu befürchten, daß die deutsche Forderung, der Ausschuss solle sich nicht auf die Prüfung der Tributzahlungen beschränken, sondern die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überhaupt untersuchen, nicht voll durchgesetzt werden konnte. Frankreichs Streben geht bekanntlich dahin, die Trennung der Tributzahlungen von den privaten deutschen Schuldverpflichtungen weiter aufrechtzuerhalten. Es entzieht sich vorläufig der Kenntnis, ob dieser französische Standpunkt wirklich ohne jede Konzession gewahrt werden soll. Wir glauben und hoffen nicht, daß das der Fall ist. Wahrscheinlich wird man den Ausweg wählen, dem Ausschuss keine Richtlinien mitzugeben und abzuwarten, wie dann die Dinge laufen werden. Damit könnten die deutschen Wünsche doch noch ihre Berücksichtigung finden, denn es muß ja tatsächlich als Unmöglichkeit erscheinen, daß ein Sachverständigenausschuss glauben sollte, irgend etwas Maßgebliches über Deutschlands Fähigkeit zur Tributzahlung sagen zu können, ohne dabei die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands in Erwägung zu ziehen.

Trotzdem: große Hoffnungen darf man auf das Ergebnis der Pariser Beratungen keinesfalls setzen. Frankreichs Stimme ist auch dort sehr wichtig, und das Vorspiel, das jetzt in Paris vor der Einberufung des Ausschusses zu sehen war, lehrt wie alle anderen Erfahrungen, daß in Frankreich kaum Bereitschaft besteht, endlich einmal der Wirklichkeit Rechnung zu tragen.

Dingeldey über die Haltung der DVP.

Mainz, 13. Nov. Dr. Dingeldey, der Führer der Deutschen Volkspartei, begründete in einer Pressebesprechung und in einer am Abend abgehaltenen Versammlung noch einmal die veränderte Haltung seiner Partei gegenüber der Regierung Brüning. Er denke nicht daran, sich willenlos der Führung der bisherigen Oppositionsparteien unterzuordnen. Die Volkspartei werde vielmehr ihre Opposition selbstständig und sachlich durchführen. Wenn sich ein tatsächliches Zusammengehen mit den Rechtsparteien ermidlichen lasse, so werde auch dieser Fall nicht die Aufgabe der Selbstständigkeit der Volkspartei bedeuten. Im übrigen bewegten sich die Ausführungen Dingeldeys im Rahmen seiner Darmstädter Rede.

„Vor entscheidenden Stunden“

Reichskanzler Dr. Brüning spricht in Mainz

Mainz, 13. November. In dem außerordentlich lebhaften heftigen Wahlkampf, in dem bisher die Führer sämtlicher Parteien zu Wort gekommen sind, hat heute Reichskanzler Dr. Brüning mit einer wirkungsvollen Rede in der Mainzer Stadthalle eingegriffen. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung war nicht nur der große Saal, sondern auch sämtliche Nebenträume mit einer über 8000 Personen zählenden Menschenmenge gefüllt. Viele Hunderte hatten keinen Einlaß mehr gefunden. Der Reichskanzler wurde bei seinem Eintreten in den mit Fahnen reichgeschmückten Saal mit stürmischem Beifall empfangen, der sich nach den Begrüßungsworten des Reichstagsabgeordneten Dr. Bodius-Mainz immer und immer wiederholte. Der Reichskanzler führte aus, Deutschland befe

vor entscheidenden Stunden.

Alles, was sich in der Entwicklung längerer Jahre, vor allem aber des letzten Jahres, zusammengedrängt habe, dränge nach einer Lösung in kürzester Frist, in wenigen Wochen. Er habe das Gefühl, daß trotz aller Versuche, durch Agitation und durch Protesten hier und da diese entscheidenden Stunden in ihrer Bedeutung zu verbunkeln, das deutsche Volk instinktiv das Gefühl habe, daß es jetzt um große und entscheidende Dinge in den nächsten Wochen gehen werde. In der Reparationsfrage sei jetzt die sachliche Entscheidung reif geworden. Mit besonderem Nachdruck hob der Reichskanzler die Tatsache hervor, daß Deutschland bis zum Inkrafttreten des Hoover-Jahres von Beginn des Frühjahres 1930 ab zum ersten Male seit der Stabilisierung Reparationen nicht aus Anleihen und ausländischen Krediten,

sondern aus eigener Kraft

bezahlt habe. (Beifall.) Das werde man gelegentlich der jetzigen Reichsregierung vor. Wenn wir alles daran gesetzt haben, Wirtschaft und Finanzen in den vergangenen Jahren konzentrierend darauf einzustellen, daß wir, ohne neue Kredite in höherem Maße heranzubekommen, die Reparationslasten bezahlt haben, so

Schwere politische Zusammenstöße in Darmstadt

Darmstadt, 14. Nov. Bei der Ansahrt der auswärtigen Nationalsozialisten zur gestrigen Hitlerversammlung kam es vor dem Gasthof „Krone“ zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Dabei erhielt der Nationalsozialist Schulz aus Obertramstadt einen Stich in den Bauch, durch den er schwer verletzt wurde. Ein anderer Nationalsozialist, dessen Name noch nicht festgestellt werden konnte, erhielt einen Schlag in den Fuß. Von der Polizei wurden 16 Lastwagen mit 205 Personen wegen verbotenen Sammeltransportes festgehalten. Es wurden bei den Untersuchungen sechs Pistolen, ein Trommelrevolver, Schlagringe, Dolche, ein Kürtnermesser, eine Waffe und ein Fahrrad Schlüssel beschlagnahmt. Drei Personen wurden von der Polizei in Haft gehalten. Im übrigen kam es nach der Hitlerversammlung beim Abzug der Massen, deren Anzahl von der Polizei mit rund 20 000 angegeben wird, zu Verkehrsstörungen und Reibereien.

Der Reichspräsident lehnt den Empfang von SA-Leuten ab

Berlin, 13. Nov. Auf die kürzlich ausgesprochene Bitte einiger SA-Leute, der Reichspräsident möge sie empfangen, hat (wie der „Angriff“ mitteilt) Staatssekretär Reichner folgende Antwort erteilt:

Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen auf Ihr Telegramm mitzutheilen, daß er mit großem Bedauern die in der letzten Zeit vorgekommenen Vorfälle und Ueberfälle verfolgt und den Herrn Reichsminister des Innern ersucht hat, der Bekämpfung dieser sich in letzter Zeit häufenden Vorfälle seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von einem Empfang Ihrer Kameraden möchte der Herr Reichspräsident im Hinblick auf seine besondere starke dienstliche Inanspruchnahme absehen. Er stellt Ihnen anheim, dem Herrn Reichsminister des Innern Ihr Material zu unterbreiten.“

Rechtsausschuss des Reichstages am 9. Dezember

Berlin, 13. Nov. Der Rechtsausschuss des Reichstages ist für den 9. Dezember einberufen. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe von Anträgen, die bereits seit längerer Zeit im Reichstag vorliegen, so Anträge auf Straferlass für Landwirte, die Widerstand bei Steuereintreibungen geleistet haben, auf Verlängerung des urheberrechtlichen Schutzes usw.

hat das endlich den Effekt, die Einsicht in der Welt zu schaffen, daß Reparationslasten von Deutschland nur durch einen wachsenden und ausschließlichen Ausfuhrüberschuss tatsächlich bezahlt werden können. Das ist gelungen. Wir haben die Einsicht scharf und getrennt, wir sind in der Aufgabe an der Spitze der Nationen geblieben. Es nahe jetzt eine Zeit des Vertrauens in Wirtschaft und Finanzen heran, des Vertrauens in eine politische Verständigung der Völker untereinander, die aufgebaut sein müsse und dauerhaft aufgebaut sein könne auf der Forderung und Sicherung gleichen Rechtes für alle Nationen. Der Weg aus der Krise sei ein Weg der Sorge und Not. Wer aber glaube, die Krise heilen zu können nur durch Maßnahmen, die wir in Deutschland für uns allein treffen, wer glaube, aus von hier aus den Handel ansetzen zu können, der sei überhaupt nicht in der Lage, dem deutschen Volke in erster Linie Rettung zu bringen. (Beifall.) Der Reichskanzler wies dann energisch den Vorwurf der Passivität der deutschen Regierung zurück. In diesem Zusammenhang stellte er die Frage, ob der Brief Hugenbergs an den Präsidenten Hoover aus dem Jahre 1929 etwa den Schritt des amerikanischen Präsidenten herbeigeführt habe? Glaube man, daß es leicht gewesen sei, den Weg über Paris und London nach Basel zu finden, um zum Stillstandkommen zu gelangen? — Der Reichskanzler ging dann auf

die Wirtschaftsstandards der letzten Zeit,

wie Hoover-Projekt und die Kommissionen bei Baumwolle und Schutzhelb-Pagendorfer ein. Er verwies auf die Rentenrechtsreform und die Bankenaufsicht und stellte hierbei die Forderung auf, daß die Wirtschaft in Zukunft reiflich nach gefunden und christlichen Grundsätzen geführt werden müsse. (Beifall.) — Zu drei vielbesprochenen

Frage der Zinsenkung

sagte der Reichskanzler, die Regierung habe sich nicht mit einer unangewiesenen Herabsetzung der Zinsen beschäftigt. Wie nach-